

## Entschließungsantrag

der Bundesräte Pröller; Steinmaurer, Steiner  
und weiterer Bundesräte  
**betreffend ein Veto gegen ein Gas-Embargo auf russische Lieferungen**

*eingbracht im Zuge der Debatte über Top 6, den Beschluss des Nationalrates vom 19. Mai 2022 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gaswirtschaftsgesetz 2011 (GWG 2011) geändert wird (1462 d.B. sowie 10960/BR d.B.) in der 941. Sitzung des Bundesrates, am 2. Juni 2022*

Die Europäische Union bezieht fast die Hälfte ihrer Erdgasimporte aus Russland. Österreich liegt unter den EU-Mitgliedstaaten im Spitzenfeld und bezieht rund 80 Prozent des benötigten Gases aus der Russischen Föderation. Auf EU-Ebene wird neben einem Öl-Embargo auch bereits über ein Gas-Embargo auf russische Importe nachgedacht. Die Konsequenzen einer Unterbindung von Gaslieferungen aus Russland wären sowohl für die österreichische Bevölkerung als auch für den österreichischen Wirtschafts- und Industriestandort verheerend.

Knapp 20 Prozent des Energiebedarfs privater Haushalte werden in Österreich mittels Erdgas gedeckt. Rund 30 Prozent der Energie aus Gas sind für die Erzeugung von Strom und Fernwärme erforderlich. Ein Lieferstopp von russischem Gas würde das Risiko eines Blackouts deutlich erhöhen, da einerseits die erneuerbare Energieeinspeisung den Energiebedarf noch nicht ausreichend ausgleichen kann und Österreich sein letztes Kohlekraftwerk im Jahr 2020 vom Netz genommen hat. Gas ist für die österreichische Industrie der wichtigste Energieträger und benötigt etwa 40 Prozent des verfügbaren Jahresvolumens. In Oberösterreich sind es sogar rund 80 Prozent. Vor allem systemrelevante Sektoren, wie etwa die Papier-, Chemie-, Stahl-, Aluminium- oder Automobilindustrie, wären massiv von einem Gas-Embargo betroffen. Um schwerwiegenden Konsequenzen für die österreichische Wirtschaft und damit den gesamten Arbeitsmarkt vorzubeugen, ist es unabdingbar, dass sich Österreich entschieden gegen ein mögliches Gas-Embargo ausspricht.

Zum Wohle der österreichischen Bevölkerung und des österreichischen Wirtschafts- und Industriestandortes stellen die unterfertigten Bundesräte folgenden

### Entschließungsantrag

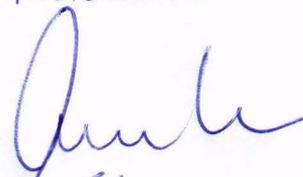
*Der Bundesrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dass sich Österreich im Rahmen weiterer EU-Sanktionsmaßnahmen gegen die Russische Föderation mit Nachdruck gegen ein drohendes Gas-Embargo einsetzt und ein solches gegebenenfalls mit dem Vetorecht verhindert.“

  
(Steiner)

  
(LEINFELLNER)

  
STEINMAURER

  
(WITZNER)

  
PRÖLLER

